

DER VOLKSWIRT

EUROPLATZ FRANKFURT

Mit Zertifikaten in die Normalität

Immunitätsausweise unterstützen den Weg aus der Corona-Krise. Die Gegenargumente überzeugen nicht.

Von Reiner Eichenberger, Rainer Hegselmann und David Stadelmann

Immer mehr Regierungen und private Anbieter wollen Corona-Immunitätszertifikate für von der Krankheit Genesene einführen. Auch in Deutschland ist die Diskussion über solche Ausweise im Gange. Manche sind skeptisch. Ihre Einwände sind allerdings wenig stichhaltig.

Vieles liegt in der Corona-Krise noch immer im Dunkeln. Die Erfahrungen mit ähnlichen Viruserkrankungen deuten jedoch darauf hin, dass Genesene über eine gewisse Immunität verfügen. Unsicherheiten herrschen über ihre Dauer, ihre genaue Stärke und die Unterschiede zwischen den Genesenen. Wie auch im Falle der vielleicht dereinst verfügbaren Impfungen gegen Covid-19 wird gelten, dass eine überstandene Erkrankung keinen garantierten Schutz vor einer (Neu-)Infektion bieten dürfte, aber das Risiko sinkt, überhaupt oder sehr schwer zu erkranken.

Restunsicherheiten gibt es bei Zertifizierungen im Übrigen immer: Auch Lebensmittel-, Universitäts- und Berufszertifikate sagen nicht mit hundertprozentiger Sicherheit, dass die zertifizierten Lebensmittel, Universitätsabgängerinnen und Handwerksmeister garantiert und auf ewig die Qualitätsstandards erfüllen. Das Zertifikat macht es nur viel wahrscheinlicher, dass sie wenigstens für eine gewisse Zeit besser sind als irgendwelche nicht-zertifizierten Angebote.

Immunitätszertifikate sind eine Art Qualitäts- oder Sicherheitsiegel. Idealerweise sollten sie die Grundlage zur Feststellung der Immunität, etwa einen erbrachten Immunitätstest, sowie deren zu erwartende Dauer dokumentieren. Je nach Person lohnt sich auch ein unterschiedlicher Aufwand beim Nachweis der Immunität. In vielen Fällen dürfte ein einzelner Test ausreichend sein. Bei anderen, die zum Beispiel in der Pflege von Risikopersonen oder in Berufen mit direktem Menschenkontakt arbeiten, könnte es dagegen angemessen sein, eine Reihe von Virus- und Antikörpertests durchzuführen oder gar die Krankheitssymptome und den Krankheitsverlauf ausführlich zu dokumentieren. Damit wird die Zertifizierung selbst zur komplexen Aufgabe.

Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, die Ausstellung solcher Ausweise nicht allein in die Hände staatlicher Institutionen zu legen, sondern private Anbieter, seien es Ärzte, Labore oder Nichtregierungsorganisationen, staatlich zu zertifizieren. Hier könnte Deutschland eine globale Vorreiterrolle einnehmen. Neben



Illustration Peter von Tresckow

ausgezeichneten Ärzten gibt es hierzulande auch ein weitgehend funktionierendes Vertrauensverhältnis zwischen Patienten, Ärzten und Gesundheitsbehörden.

Kritiker wenden ein, dass Immunitätszertifikate eine neue große Ungleichheit schaffen. Tatsächlich hat der Besitzer eines Immunitätszertifikats einen Vorteil gegenüber denjenigen ohne oder ohne glaubwürdig nachgewiesene Immunität. Der Vorteil mag unvernünftig sein. Allerdings bietet ein Immunitätszertifikat keinen bleibenden Gewinn. Sobald es einen Impfstoff oder auch nur ein wirksames Medikament gibt, ist der Vorteil dahin. Hinzu kommt, dass auch die Nichtimmunen von der erhöhten Einsatzfähigkeit von Immunen profitieren: direkt durch ihre Arbeitsleistung und indirekt, weil sie auf ihre weiterhin vorhandenen Einkommen Steuern zahlen. Darüber hinaus profitiert die gesamte Gesellschaft dadurch, dass sich die Krankheit mit jedem weiteren Immunen weniger schnell ausbreitet. Außerdem waren von der Krankheit Genesene teilweise über Wochen krank, haben gelitten und könnten unter Umständen gesundheitliche Folgeschäden haben. Aus dieser Sicht kompensieren Immunitätsausweise einen erlittenen Nachteil und tragen damit sogar zu

einer Verringerung der Ungleichheit bei. Ein zentraler rechtlicher Grundsatz ist die Verhältnismäßigkeit. Für Immune sind die jetzigen Freiheitsbeschränkungen nicht erforderlich. Es ist schwer zu sehen, wie weitreichende Freiheitsbeschränkungen für Immune unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit begründet werden könnten. Nach dem rechtlichen Gleichheitsgrundsatz ist Gleiches gleich zu behandeln, aber Ungleiches kann sehr wohl unterschiedlich behandelt werden. Der sachliche Grund für diese etwaige Ungleichbehandlung ist die Immunität. Immunitätszertifikate würden klären, wer unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten von bestimmten Freiheitsbeschränkungen auszunehmen wäre.

In einer freiheitlichen Gesellschaft wird man es niemandem versagen wollen, sich durch Testung Klarheit über den eigenen Immunitätsstatus zu schaffen. Ebenso wäre es eine Freiheitsbeschränkung, Immune davon abzuhalten, ihre Immunität zu kommunizieren und diese mit einem Zertifikat zu belegen. Und wer datenschutzrechtliche Einwände äußert, möge bedenken, dass Einschränkungen des Datenschutzes in vielen anderen Lebensbereichen hingenommen werden. So müssen

Gesundheitsinformationen zum Beispiel bei Abschluss von Versicherungsverträgen ebenso preisgegeben werden wie bei der Einreise in manche fremde Länder.

Die Einführung von Immunitätszertifikaten ist kompatibel mit Maßnahmen zur Eindämmung oder Verlangsamung des Infektionsgeschehens. Auch wenn die gegenwärtigen innerdeutschen Lockerungen keine neue Infektionswelle bringen, würden Immunitätszertifikate im europäischen sowie internationalen Handel und Personenverkehr sowie in der Pflege und Betreuung von Risikopersonen in Institutionen und Familien ein entscheidendes Instrument sein, zu einer gewissen Normalität zurückzukehren. Wenn die Lockerungen hingegen zu einer zweiten Infektionswelle führen, ist es erst recht wichtig, anerkannte Immune zu haben, die, von einem erneuten Lockdown ausgenommen, zu einem „Notbetrieb“ beitragen könnten.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Fribourg (Schweiz). **Prof. Dr. Rainer Hegselmann** ist Professor für Philosophie an der Frankfurt School of Finance & Management. **Prof. Dr. David Stadelmann** ist Professor für VWL an der Uni Bayreuth.

Das Problem heißt nicht Donald Trump

Warum der Siegeszug des heutigen Präsidenten im Jahr 1981 begann / Von John Komlos und Hermann Schubert

Als Donald Trump die Wahl zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen die favorisierte Hillary Clinton gewann, war die Zustimmung in den „Swing States“ Pennsylvania, Michigan und Wisconsin entscheidend. 2008 und 2012 hatten sie noch für Barack Obama gestimmt. Dass vier Jahre später Trump triumphierte, ist kein unvorhergesehener Unfall in der Geschichte der amerikanischen Demokratie, sondern das Vermächtnis Ronald Reagans und seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Reagans Wahlerfolg bei der Präsidentschaftswahl 1981 markierte den Wendepunkt in der sozioökonomischen und politischen Entwicklung der Vereinigten Staaten und hatte eine unglaubliche ideologische Signalwirkung auf die Wirtschaftspolitik in der restlichen Welt. Das theoretische Fundament der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik Reagans ist die „Trickle-down-Theorie“. Ein durch eine Steuersenkung herbeigeführter Einkommenszuwachs der einkommensstarken Haushalte soll zu einer Ausweitung der Investitionstätigkeit und Ersparnis sowie zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums führen. Der zunächst bei der reichen Bevölkerungsgruppe geschaffene Einkommenszuwachs würde später in darunter liegende Schichten „durchsickern“, indem das hervorgerufene Wirtschaftswachstum die Nachfrage nach Arbeit ansteigen lasse und zu einer Steigerung der Reallohn führe.

Janet Yellen, von 2014 bis 2018 Präsidentin der amerikanischen Notenbank Fed, war eine der wenigen, die 1989 vorhergesehen hat, dass die „Reaganomics“ erst nach Jahrzehnten ihre volle Wirkung entfalten werden. Sie sollte recht behalten: Keine Schlüsselvariable hat sich so entwickelt, wie sie diese Theorie vorhergesagt hatte. Die Steuersenkungen führten weder zu einem Anstieg der Investitionen noch zu ei-

ner Reduktion der Arbeitslosigkeit oder Erhöhung der Realeinkommen. Anstatt ein ausgeglichenes inklusives Wachstum zu fördern, führten sie zu enormen Haushalts- und Handelsbilanzdefiziten, einem starken Anstieg der privaten Verschuldung, dem Abbau staatlicher Sozialleistungen und einer plötzlichen und dauerhaft veränderten Einkommensverteilung zugunsten einer superreichen Oberschicht. Die untersten Schichten wurden dagegen mit zusätzlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung belastet, die deutlich höher waren als ihre geringe Steuerersparnis.

Reagan hatte im Wahlkampf jedem Haushalt eine Senkung seines Steuersatzes um 20 bis 30 Prozent versprochen. Doch was auf den ersten Blick als gerecht erschien, entpuppte sich als eine bescheidene Einkommenssteigerung für Geringverdienende, während die Oberschicht von einer drastischen Senkung des Spitzensteuersatzes von 70 auf 50 Prozent und 1985 weiter auf 39 Prozent profitierte. 1985 kamen Haushalte mit einem Jahreseinkommen von 2,3 Millionen Dollar auf eine jährliche Steuersenkung von knapp 400 000 Dollar, in Preisen von 2018. Die massiven Steuersenkungen lösten einen Trend aus, der bis in die Gegenwart andauert. Das durchschnittliche jährliche Bruttoeinkommen der unteren Hälfte der Bevölkerung stagniert inflationsbereinigt seit 40 Jahren bei 16 500 Dollar, während sich jenes des obersten Prozents bis 2016 von 430 000 auf 1,3 Millionen Dollar verdreifacht hat. Dieser Prozess wird durch den ungleichen Zugang zu Hochschulbildung verfestigt.

Hinzu kam die sukzessive Veränderung der amerikanischen Wirtschaftsstruktur. Jahrelang war die Industrie der Motor und Arbeitgeber der amerikanischen Wirtschaft gewesen. Zwischen 1963 und 1980 stammten 49 Prozent aller Unternehmens-

gewinne aus diesem Sektor, während die Gewinne im Finanzbereich 15 Prozent ausmachten. Den Wendepunkt der Entwicklung markiert das Jahr 1986, als der Anteil der Gewinne der Finanzindustrie auf 21 Prozent schoss. Im Jahr 2000 lag der Gewinnanteil des Finanzsektors bei 27 Prozent, im Jahr 2011 bei 33 Prozent. Zu dem Zeitpunkt lag der Gewinnanteil des verarbeitenden Gewerbes nur noch bei 17 Prozent. Diese Entwicklung beschleunigte sich mit dem Eintritt Chinas in die Welt-Handelsorganisation WTO im Jahr 2000. Einer Schätzung zufolge gingen in den Vereinigten Staaten allein bis 2002 880 000 Arbeitsplätze verloren. Bis 2017 waren nur noch 8,5 Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor beschäftigt. Die expandierenden Branchen, wie die Finanzbranche, der IT-Sektor oder die Pharmaindustrie, nahmen die Scharen der nun falsch qualifizierten Arbeitslosen allerdings nicht auf. Viele schieden dauerhaft aus dem Berufsleben aus. Vor allem die Bevölkerung in den besagten „Swing States“ im Mittleren Westen verlor ihre wirtschaftliche Basis – die dortigen Wähler entschieden das Rennen um das Weiße Haus 2016 zugunsten Trumps.

Der Niedergang der Unter- und Mittelschicht hinterließ seine Spuren in der Bevölkerung. Der Drogenkonsum pro Kopf ist in den Vereinigten Staaten mehr als dreimal so hoch wie in Westeuropa, und drogenbedingte Todesfälle treten achtmal so häufig in Relation zur Bevölkerung auf. Seit 2015 sinkt die Lebenserwartung der amerikanischen Bevölkerung. Am meisten davon sind weiße, falsch qualifizierte Männer betroffen. Diese Entwicklung ist in keinem anderen westlichen Staat zu beobachten. Die amerikanische Bevölkerung macht 5 Prozent der Weltbevölkerung aus, während der Anteil der

amerikanischen Häftlinge 23 Prozent der weltweit inhaftierten Population entspricht. Mit der Finanzkrise verloren zwischen 2006 und 2014 etwa 9,3 Millionen Amerikaner ihr Zuhause. 2015 lebten 45 Millionen Menschen in Armut – das sind 15 Prozent der amerikanischen Bevölkerung. Die Armutsrate unter Kindern ist mit 19,6 Prozent fast doppelt so hoch wie die durchschnittliche Rate in reichen Ländern. Durch das von Obama 2016 eingeführte Krankenversicherungssystem „Affordable Care Act“ konnte der Anteil von nicht krankenversicherten Bürgern an der Bevölkerung zwischen 2010 und 2016 von 16 auf 8,6 Prozent reduziert werden. Jedoch ist seit der Amtübernahme Trumps, unter anderem durch die Abschaffung des Versicherungszwangs, die Anzahl der nicht krankenversicherten Amerikaner wieder signifikant gestiegen.

Dieser Trend wird sich während der sich abzeichnenden schweren Rezession fortsetzen. Wie diese Menschen im Krankheitsfall angesichts eines coronabedingt überforderten Gesundheitssystems behandelt werden, wird sich zeigen. Die Privatisierung und die durch die Steuersenkungen notwendig gewordenen Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem haben dazu geführt, dass die Zahl der Krankenhausbetten je tausend Einwohner von 7,9 im Jahr 1970 auf 2,8 im Jahr 2016 gefallen ist. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Armen wieder einmal die am meisten benachteiligte Bevölkerungsgruppe sein werden – auch in der Frage um Leben und Tod.

Prof. em. John Komlos, Ph.D. war bis 2010 Professor für Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. **Prof. Dr. Hermann Schubert** lehrt Volkswirtschaftslehre an der International School of Management in Stuttgart.

Unabhängigkeit bleibt wichtig

Von Ulrich Kater

Die EZB und mit ihr das gesamte europäische System der Zentralbanken ist durch die juristischen Auseinandersetzungen über die Befugnisse Europäischer Institutionen in die Bredouille geraten. Sie zeigen einmal mehr, welche außerordentlichen Schwierigkeiten das Betreiben einer gemeinsamen Währung zwischen verfassungsrechtlich souveränen Mitgliedstaaten mit sich bringt. Dinge, die bei einer nationalstaatlichen Währung in der Verfassung verankert sind und damit nicht stets neu politisch verhandelt zu werden brauchen, müssen in einer Währungsunion durch politischen Willen aufrechterhalten und gestaltet werden. Ein solcher Wille ist auch bei der Lösung des Problems gefragt.

Einerseits schränkt der Richterspruch aus Deutschland die Unabhängigkeit des Eurosystems nicht ein: Er untersucht nicht die Inhalte der Geldpolitik, sondern verlangt von der EZB lediglich Erklärungen zu ihrem geldpolitischen Kurs. Hier rächt sich, dass die EZB in der Vergangenheit zu wenig zur breiten Kommunikation ihrer Geldpolitik getan hat, deren außergewöhnliche Folgen ja tatsächlich für alle Wirtschaftsteilnehmer spürbar sind. Eine solche Darlegung nachzuholen dürfte jedoch leicht darstellbar sein und diesen Fall sowie künftige ähnliche Klagen erledigen. Andererseits käme die EZB über diese Übung politisch doch in die Defensive. Obwohl die EZB in der Sache wohl stets obsiegen würde, könnte sie in eine lang anhaltende konstitutionelle Debatte verstrickt werden, was das Vertrauen in ihre geldpolitischen

Maßnahmen beeinträchtigen würde. Aus diesem Grund muss wohl eine pragmatische Lösung her, die einerseits dem Urteil des deutschen Verfassungsgerichts Genüge tut, andererseits dem Eurosystem jeden Anschein des Zwangs erspart. Im besten Fall kommt hierüber ein Anstoß zu mehr Diskussion über Europa zustande – wie es die Verfassungsrichter ja wohl angestrebt haben –, im ungünstigsten Fall vertiefen sich bestehende Gräben in der Europäischen Union weiter.

Aus ökonomischer Sicht stellt sich die Frage nach der Unabhängigkeit von Geldpolitik aus ganz anderer Richtung. Geld- und Finanzpolitik lassen sich nun einmal nicht scharf voneinander abgrenzen, einige Ökonomen behaupten gar, sie seien ein und dasselbe. Die Geldpolitik hat in den letzten Jahren im Rahmen ihrer ureigensten geldpolitischen Zielsetzung und unter Beachtung des Verbots der Staatsfinanzierung immer stärker finanzpolitische Ersatzfunktionen übernommen. Muss eine solche Geldpolitik nicht ähnlich wie die Finanzpolitik viel stärker durch die Parlamente überwacht werden? Von solchen Überlegungen ist strikt abzuraten. Denn die Bedingungen, unter denen sich die Geldpolitik aus eigenen Stücken an die Finanzpolitik angenähert hat, können sich wieder ändern. Wenn sich einmal wieder die Bekämpfung von Inflation auf dem wirtschaftspolitischen Aufgabenzettel befindet, steht die Unabhängigkeit der Notenbanken auf einmal wieder ganz hoch im Kurs. Der Autor ist Chefvolkswirt der Deka-Bank.



WIRTSCHAFTSBÜCHER

Lektüre aus der CDU

Wirtschaftspolitische Bücher von Unionspolitikern

Jüngst berichtete der Experimentalpsychologe Colin Ellard in seinem Buch „Psychogeografie“, dass Menschen konservativer werden, wenn sie mit ihrer Sterblichkeit konfrontiert sind. Es ist also kein Wunder, wenn in Pandemiezeiten die Umfragewerte für CDU und CSU steigen. Diese Parteien werden wohl auch die nächste Bundesregierung anführen. Aber was ist wirtschaftspolitisch von ihnen zu erwarten?

Während die Kür des Kanzlerkandidaten noch aussteht, positioniert sich der Parteinauchwuchs. Vierzehn junge Bundestagsabgeordnete präsentieren unter dem Titel „Eine Politik für morgen“ ihre Ideen und Forderungen. In dem von thüringischen Abgeordnete Mark Hauptmann herausgegebenen Sammelband werden natürlich klassische CDU-Themen wie innere Sicherheit, ländlicher Raum, Bildung und Familienpolitik abgehandelt. Das Buch ist aber vor allem ein starkes Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft, auch wenn Fehlentwicklungen der letzten Jahre, die von der Union zu verantworten sind, unbenannt bleiben. Manches ist dennoch mutig. So schreibt Hauptmann, dass hohe Staatsausgaben das Klima in Deutschland nicht retten werden. „Aber deutsche Technologien, angewandt im Ausland, können das Weltklima positiv beeinflussen.“ Beispiele seien die Clean-Coal-Technik für saubere Kohlekraftwerke oder die Ionisierung von Staubpartikeln zur natürlichen Auslösung von Regen. Für den Klimaschutz braucht man nach Christoph Ploß die Wasserstofftechnologie. Bei der Stammzellenforschung stoppt Stephan Pilsinger den Forschungsdrang, solange ethisch unbedenkliche Techniken noch nicht ausgereift sind. Er träumt zugleich von Genthertapien, die Brustkrebs besiegen können. Ronja Kemmer fordert ein Sofortprogramm für 100 Exzellenz-Professuren, um Künstliche Intelligenz voranzubringen. Das Programm sollte das normale Professorengehalt deutlich aufstocken. Christoph Bernstiel will kritische Schlüsseltechnologien stark ausbauen. Sein Kollege Felix Schreiner wünscht sich mehr Eisenbahnen. Schließlich fordert Johannes Steiniger in einem spannenden Beitrag über Blockchain die Schaffung einer digitalen GmbH, und in der Rentenpolitik denkt Kai Whittaker an kapitalgedeckte Zusatzversicherungen.

Etwas intensiver mit den Themen Nullzins und Rekordverschuldung beschäftigen sich Wolfgang Steiger und Simon Steinbrück in einem vom Wirtschaftsrat der CDU geförderten Buch unter dem Titel „Der perfekte Sturm?“. Bei einem perfekten Sturm treffen verschiedene Komponenten ungünstig zusammen und verschärfen sich maximal. Das ist durch die Pandemie sicher geschehen, aber das Buch wurde vorher abgeschlossen. Es beschreibt „marktwirtschaftliche Radikalsünden“ und „ordnungspolitische Irrwege“, aber auch Kritik an der Europäischen Zentralbank, die durch die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wieder aktuell ist. Insofern bietet das

Buch eine teilweise apokalyptische, oft aber auch zutreffende Zustandsbeschreibung. Aus dem Euro austreten wollen die Autoren, bei aller Kritik, aber nicht: „Die europäische Integration ist eine historische Leistung, die es auszubauen gilt.“

Ein weiteres Buch hat der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber vorgelegt. Unter dem Titel „Du musst kein Held sein“ berichtet er von einer schweren Erkrankung, die ihn monatelang aus der Bahn geworfen hatte. Der hessische Bundestagsabgeordnete ist Reservewoffizier, Digitalisierungsexperte und gläubiger Christ. „Wenn einem die Werte Familie, Arbeit, Vaterland – das konservative Trio – wichtig sind, kann man guten Gewissens in der CDU sein. Aber man kann das C nicht unter diesen Begriffen subsumieren. Weil das C etwas anderes meint. Es steht für Glaube, Liebe, Hoffnung, wie es Paulus in seinem Brief an die Korinther beschrieben hat.“ Deswegen stünde der soziale Flügel in der CDU dem C viel näher als die Konservativen. Tauber plädiert aus christlichen und ökonomischen Gründen für eine liberale Migrationspolitik. Aufgrund des demographischen Wandels brauche Deutschland sinnvolle Einwanderung. „Unsere Sozialsysteme und der Wohlstand werden sonst nicht bewahrt werden können.“ Um die besten Köpfe der Welt müsse man werben, und dazu brauche es klare Regeln. Taubers Buch zeigt, wie die Union künftig migrationspolitisch denken könnte.

Zur Union gekommen war Tauber während der Wiedervereinigung. Über diese Zeit wurde schon viel geschrieben, aber nun gibt es den spektakulären Erlebnisbericht eines CDU-Insiders. Der damalige Mainzer Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster besorgte die Zustimmung des Staates Israels zur Einheit. Das war nicht einfach. Auch der innere Prozess der Wiedervereinigung verlief schwierig. Seit den sechziger Jahren habe es ein Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen gegeben, schreibt Gerster. „In diesem Ministerium aber gab es kein Blatt Papier mit Vorstellungen, was geschehen könne oder müsse, wenn sich die Grenzen öffnen.“ Das Heft des Handels habe Helmut Kohl in die Hand genommen. Gerster gehört zur alten Garde der Partei. Die Wiedervereinigung war die Meisterleistung dieser Generation. Doch auch nach Corona muss das Land neu aufgebaut werden. Hat die Union die richtigen Ideen dafür? Im kommenden Jahr entscheiden die Wähler, die sich nun in erste Konzepte schon einlesen dürfen.

JOCHEN ZENTHÖFER
Mark Hauptmann/Ralph Brinkhaus: Eine Politik für morgen. Herder, Freiburg 2020. 190 Seiten. 18 Euro.
Wolfgang Steiger/Simon Steinbrück: Der perfekte Sturm? Econ, Berlin 2019. 272 Seiten. 20 Euro.
Peter Tauber: Du musst kein Held sein. bene! Verlag, München 2020. 220 Seiten. 18 Euro.
Johannes Gerster: Die Wiedervereinigung 89/90 – Ich war mittendrin. Leopold Verlag, Ingelheim 2020. 152 Seiten. 14 Euro.